

Tagesgeschichte.

Rebende Häusergeviert angekauft, der Platz durch Niederlegung dieser Häuser frei gemacht und hier nun das neue Postgebäude errichtet werden. Der Kostenaufwand für Ankauf dieser Häuser und Freimachung des Platzes soll über 311,000 M. betragen haben.

Hohenstein. Das Gerücht von einem Morde durchschleifte Mittwoch Vormittag die hiesige Stadt und bald fand dasselbe Bestätigung. Die Frau des Milchhändlers Neubert war auf dem Wege von der Stadt nach Tirschheim in der Nähe des Forsthauses mit vielen Wunden bedeckt aufgefunden worden. Die am Oberkörper befindlichen 13 Wunden rührten, wie später die Untersuchung ergab, von einem Schrotkugeln her, der ganz in der Nähe des Opfers abgegeben sein muß. Die Ermordete hat sich dann wohl noch etwa 200 Schritte von dem Thortorte fortgeschleppt und ist dann infolge inneren Blutverlustes zusammengebrochen. Am Thortorte wurde bei der Untersuchung ein schwarzer Filzpfropfen, von einer Gewehrpatrone herrührend, gefunden. Der Verdacht der Thäterschaft ist auf den Bleichereiarbeiter Müller in Hüttengrund gefallen, da man bei einer in dessen Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung einen Beutel mit 6 bis 8 solcher Filzpfropfen, Schrot und einen Ladestock vorfand. Auch ist der Betreffende in der Morgenstunde des Mittwoch von einer beerensuchenden Frau, welche ihn persönlich kannte, in der Nähe des Thortortes mit einem Gewehr gesehen worden. Habhaft ist man des Mörders noch nicht geworden; man vermutet, daß derselbe auch sich umgebracht habe, um der irdischen Gerechtigkeit zu entgehen.

Riesa. Das Kriegsministerium hat am alten Pausier Wege bei Riesa außerhalb des Bebauungsplanes ein Areal von 4400 Quadratmeter erworben, um dort ein großes Magazin zur Unterbringung von Artillerie-Munition zu errichten. Das Feld an der Lommahsch-Rossener Bahn, welches nach dem Stadtbauplan zur Anlage von Fabriken, Niederlagen u. s. w. bestimmt ist, hat jetzt eine besondere Gleisanlage erhalten, die in Verbindung mit dem Güterbahnhofe und dem Elbquai steht. Eine größere Firma wird demnächst mit der Erbauung eines Speichers dort beginnen.

Trebsen. Der Fleischermeister R. hier kaufte in dem benachbarten Dorfe De. ein dem Verenden nahe, ungefähr 2 Zentner schweres Schwein für eine — sage und schreibe eine Mark, angeblich zu Hundefutter. Der Wachsamkeit des Gendarmen Wöttinger gelang es jedoch bald, zu ermitteln, daß R. das von diesem todtkranken Schwein gewonnene Fleisch mit einer größeren Menge gesunden Fleisches in einem Faße eingepökelt hatte. R. gestand diese saubere Mischung wohl zu, meinte aber, dies schlechte Fleisch trotzdem noch zu Hundefutter verwenden zu wollen. Eine Anzahl vorhandener frischer Leberwürste will R. nicht von der Leber zc. des gekauften halbtoden Schweines, überhaupt nicht von sogenannten Kleinodern, sondern lediglich aus Fleisch (?) und Fett (?) hergestellt haben. Das vorgefundene Fleisch ist unter gemeindeamtlichen Siegelverschluß, die Angelegenheit aber der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden.

Borna. Ein am 23. Juli Mittags im Nordwesten der Amtshauptmannschaft Borna aufgetroffenes Hagelwetter hat in etwa fünfzehn ländlichen Gemeinden und in der Stadtflur Röttha den Feldfrüchten geradezu unberechenbaren Schaden zugefügt. Die Flur Röttha, besonders zwischen Espenhain und Rudern, ist wohl zum größten Theil verhegelt. In einigen Fluren schätzt man den Verlust der bis jetzt prächtig entwickelten Ernte auf 60—75 Prozent. Vom Getreide hat namentlich die Gerste, von den Futterpflanzen Kunkeln und Kraut schwer gelitten; den Obstbäumen und deren heuer überaus reichlichem Anhang, desgleichen den nicht versicherten Gartenfrüchten, Gurken, Bohnen, Zwiebeln und dergleichen, ist ebenfalls schwerer Schaden zugefügt worden. Erfreulicherweise wird in der hiesigen Gegend die Gelegenheit zur Hagelversicherung in ländlichen Kreisen stark benützt, so daß der Verlust für den Einzelnen wenig fühlbar wird. Angesichts des täglichen Regens bedrücken allerdings das Herz unserer Landleute schwere Sorgen; Korn und Gerste sind reif bez. auf leichtem Boden bereits gemäht, und doch verheißt der Tag für Tag bewölkter Himmel kein glückliches Einbringen der heuer in besonders reichlichem Maße erwachsenen Feldfrüchte.

Leipzig. Bis zu welchem Grade von Dreistigkeit der Versuch der hiesigen Sozialisten, die Ulrich'sche Brauerei zu boykottieren, gediehen ist, erhellt daraus, daß jetzt in Masse das Verzeichniß derjenigen Flaschenbierhandlungen und Gastwirthschaften verbreitet wird, welche das Ulrich'sche Bier verkaufen. Es ist die Aufgabe der Ordnungsparteien, die Ulrich'sche Brauerei in dem ihr aufgedrungenen Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen.

(Fortsetzung des Sächsischen in der Beilage.)

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Se. Maj. der Kaiser ist am 23. d. Mts. Abends an Deck der „Hohenzollern“ auf dem durch den Regen glatten, feuchten Fußboden ausglitten und hat sich dabei leicht am rechten Knie verletzt, sodaß Schonung des Fußes erforderlich ist. Es werden aus diesem Grund in der nächsten Zeit Berg- und Landpartien nicht stattfinden können. Das Allgemeinbefinden des Kaisers ist gut. Der Kaiser nahm gestern (24.) an der gemeinschaftlichen Mittagstafel an Deck theil.

Die Entwürfe für das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms werden im Lichthofe des Zeughauses ausgestellt. Bisher haben sich nur Begas, Schilling, Gölgers und Architekt Bruno Schmisg betheilig.

Die „Neue Preussische (Kreuz) Zeitung“ Nr. 336 vom 22. Juli ds. J., Abendausgabe, enthält einen „Aus Ostpreußen“ überschriebenen Artikel, in dem die Behauptung aufgestellt wird, „daß die Offiziere jener sächsischen Landwehren, die aus den sozialdemokratischen Industriebezirken im vorigen Jahre zur Uebung eingezogen waren, mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, daß wiederholt auf die Führer geschossen wurde.“ Wir sind ermächtigt, schreibt das amtliche „Dresdner Journal“, zu erklären, daß diese Behauptung den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Weber hatten die betreffenden Offiziere „mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen“ noch ist auf diese Offiziere oder sonstige Führer geschossen worden. Wie die „Neue Preussische Zeitung“ dazu kommen konnte, eine derartige dreiste Erfindung in ihre Spalten aufzunehmen, erscheint räthselhaft und bedauerlich.

Von den in den laufenden Reichshaushalt eingestellten 29 Millionen Mark für den Nordostkanal sind bisher etwa 9 Millionen verausgabt. Die Arbeiten werden überall eifrig gefördert, so daß die Fertigstellung des Kanals zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt mit Sicherheit zu erwarten ist.

Der Verband deutscher Bergleute hielt am Sonntag vor 8 Tagen in Bochum eine Delegirtenversammlung ab, in welcher über den Geschäftsbetrieb und das Kassenwesen des Verbandes Bericht erstattet wurde. Wir entnehmen dem „Vorwärts“, daß die Mitgliederzahl der Vereinigung gegenwärtig bis auf 57,000 angewachsen ist und daß die Einnahme vom 1. Januar bis 15. Juli d. J., also in nicht viel mehr als 6 Monaten, rund 48,500 M. betragen hat. Man muß über die außerordentliche Geschicklichkeit der „Genossen“ in der Handhabung des Klingelbeutels staunen, wenn man namentlich in Betracht zieht, daß ihrerseits dabei fortwährend über Nothstand und Unauskömmlichkeit geklagt wird. Dieses halbe Hunderttausend Mark bildet doch nur einen ganz geringen Bruchtheil der Einnahmen aller deutschen sozialdemokratischen Kassen und außerdem sind, wie in dem Berichte erwähnt ist, noch 11,500 Mitglieder mit ihren Beiträgen „länger als 3 Monate“ rückständig. Aber wie in Einnahmen, so sind auch in Ausgaben die Delegirten sehr talentvoll; denn die „Verwaltungskosten“ betragen pro Mitglied etwa 95 Pfg., so daß also die oben als vereinnahmt verzeichnete Summe gerade ausreicht, um die „Verwaltung“ zu bezahlen. Wie man sieht, ist die sozialdemokratische Regierung keine billige; wollte oder könnte man genau bezeichnen, welche Beträge durch sämtliche Kassen der Sozialdemokratie Deutschlands gehen, so würde sich daraus ergeben, daß das sozialdemokratische Budget den Kopf der — nehmen wir an — 1½ Millionen „Genossen“ höher belästet, als das Budget des deutschen Reiches seine Einwohner. Allen Respekt also vor der sozialdemokratischen Verwaltungskunst!

Die sozialdemokratischen Subdiker, die sich taninchenartig vermehren, haben wieder einmal Klagelieder Jeremiae gesungen. Die „Genossen“ sollen ihre Zahlstellen zum Theil in Kneipen verlegt haben, deren Inhaber freilich sozialdemokratische Blätter auslegten, aber nicht selbst sozialdemokratisch wären. Wahre Sozialdemokraten unter den Subdikern wären nur in dem Verein der sozialdemokratischen Gastwirthe zu finden. Bei Letzteren soll die Leere im Lokal immer bedrückender werden, und sie wollen nun diese sozialdemokratischen Subdiker dadurch beseitigen, daß sie ein Mitgliederverzeichnis ihres Vereins drucken und das mit dem „Vorwärts“ verbreiten lassen. Ob dieses Mittel genügen wird, die Genossen in die verrückerten Kneipen der mit ihrer sozialdemokratischen Gefinnung prahlenden ehemaligen Arbeiter, die für den Betrieb eines Schankgewerbes wohl kaum viel Verständnis haben, zu locken, möchten wir stark in Zweifel ziehen.

Alle Versuche der Sozialdemokratie, die Bewegung auf das platte Land zu tragen, sind bisher gescheitert. Auf allen Parteitagungen wurde konstatiert, daß die bisherige Art der Agitation wesentlich daran schuld sei, daß die Sozialdemokratie auf dem Lande keinen festen Boden habe fassen können. Es sollen

nun vorläufig die sozialdemokratischen Versammlungen auf dem Lande aufhören, da sich herausgestellt hat, daß die Redner, welche von der Stadt kommen, mit dem allergrößten Mißtrauen von den Bauern betrachtet werden; Letztere sollen in den Ideenzirkel der geschulten Agitatoren nicht einbringen können und die ungeschulten, welche auf dem Lande wohnen, brächten die sozialdemokratischen Lehren so ungeschickt zum Vortrag, daß die Geistlichen und Lehrer leichtes Spiel hätten, um die sozialdemokratischen Agitatoren abzuführen. Darum also soll die Agitation durch das Wort aufgehört bezw. stark beschränkt werden; dagegen gedenken die Leiter der Bewegung eine Agitation durch die Verbreitung billiger Schriften und Broschüren ins Werk zu setzen, wie sie bis dahin noch nicht stattgefunden haben soll. Eine Anzahl derartiger Schriften sind von „hervorragenden Genossen“ ausgearbeitet. Die zu bearbeitenden ländlichen Kreise sind derartig ausgewählt, daß sie von mehreren Seiten angefaßt werden können.

Der häusliche Streit im sozialdemokratischen Lager geht munter weiter, wie das in schärfster Sprache abgefaßte, sich gegen die Parlamentsfraktion der sozialdemokratischen Partei wendende Flugblatt der radikalsten „Jungen“ beweist. Als „verantwortlicher Redakteur“ des Flugblattes zeichnet ein gewisser Herr Müller, aber es ist unter den Berliner Genossen offenes Geheimniß, daß der Tapezierer Wildberger das Flugblatt verfaßt hat. Wildberger leitet im Verein mit dem Buchdrucker Werner die Opposition der „Jungen“ gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und stellen sich die Herren so, als ob sie keinen Pfifferling auf den ganzen Parlamentarismus gäben, im Grunde ihres Herzens aber streben sie ebenfalls nach einem Reichstagsmandat. Denn Wildberger wie Werner haben in dem letzten Reichstagswahlfeldzuge eine sehr rührige Agitation entfaltet und auf ihre Namen bei den Berliner Wahlen auch eine bedeutende Stimmenzahl vereinigt. Wenn sie daher in dem erwähnten Flugblatte gegen die parlamentarischen Vertreter der Partei eifern, daß dieselben durch ihre Theilnehmung an den gesetzgeberischen Arbeiten dem revolutionären Prinzip der Sozialdemokratie untreu würden, so sind dies Redewendungen, welche nur auf die denkfaule breite Masse der sozialdemokratischen Wählerschaft berechnet sind. Denn wenn den Herren Wildberger und Werner die Theilnahme der Sozialdemokraten an den parlamentarischen Geschäften als eitel Firtelkangerei gilt, so hätten sie sich doch nicht selbst als Kandidaten für den Reichstag aufstellen lassen dürfen. Nun, sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls wird es auf dem bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag in Erfurt zu neuen heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Führern der „Alten“ und der „Jungen“ kommen, während zugleich eine Abrechnung zwischen der offiziellen Parteileitung und Herrn v. Bollmar wegen der „patriotischen Anwandlungen“ des bayerischen Sozialistenführers zu erwarten steht.

Seit längerer Zeit schweben bekanntlich zwischen den deutschen Bundesstaaten Verhandlungen über ein einheitliches Militär-Strafprozess-Verfahren. Authentische Nachrichten sind bisher über den Stand dieser Verhandlungen nur insoweit bekannt geworden, daß mit ziemlicher Bestimmtheit die Erreichung eines Einverständnisses unter den Bundesstaaten mitgetheilt werden konnte. Selbst über die Grundzüge des Uebereinkommens sind bisher unzweifelhaft feststehende Angaben nicht bekannt geworden, doch ging die überwiegende Meinung dahin, daß das Ergebnis der Verhandlungen ein den bayerischen Einrichtungen — Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens — allzu günstiges nicht sei. Dieser Auffassung widerspricht nun eine Korrespondenz, die dem „Frankfurter Kurier“ aus Berlin zugeht. Es heißt in diesen „an der Quelle geschöpften“ Informationen: „Es soll den durch die Stimmen der bayerischen und nichtbayerischen Presse unterstützten Bemühungen der bayerischen Vertreter gelungen sein, die Unerläßlichkeit von Zugeständnissen an die öffentliche Meinung hier, namentlich an höchster Stelle, begreiflich zu machen, den Beweis zu liefern, daß Bayern unter keinen Umständen sein jetzt bestehendes, im großen Ganzen vorzüglich bewährtes Prozessverfahren zu opfern geneigt sei, dadurch den Widerstand gegen die zwei Grundprinzipien des bayerischen Militärstrafprozesses, gegen die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, zu überwinden und sogar den Verzicht des Kriegsherrn auf das Bestätigungs- oder Verwerfungsrecht als Kriegsherr zu erlangen. Nachdem diese bisher als unerreichbar gehaltenen Zugeständnisse gebilligt worden sind, bieten die weiteren Fragen der Organisation der Militärgerichte keine unbefriedigbaren Schwierigkeiten mehr, obgleich die Verhandlungen darüber sich noch ziemlich in die Länge ziehen dürften. Voraussichtlich werden die bayerischen Einrichtungen als Muster dienen, also Untergerichte bei den einzelnen Abtheilungen als Schöffengerichte und Bezirksgerichte für jedes Armeekorps als Geschworenengerichte eingeführt werden, nur wird vor-